



ARGUMENTE

Europawahl 2019: Vision & Ambition für Europa

1. *Europäische Union stärken*
2. *Freihandel ausbauen, Handelshemmnisse abbauen*
3. *Binnenmarkt vollenden, Industriepolitik priorisieren*
4. *Bildung, Innovation & Forschung stärken*
5. *Wirtschaft, Energie & Nachhaltigkeit in Einklang bringen*

1. Europäische Union stärken

Die Stärkung der EU nach innen und nach außen muss Leitmotiv der Politik sein. Nur ein wirtschaftlich starkes Europa ist international wettbewerbsfähig. Die EU braucht einen klaren Kompass mit mehr Vision und mehr Ambition in wichtigen Politikfeldern:

- Die **Vertiefung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion** muss perspektivisch umgesetzt werden. Wir brauchen einen Europäischen Währungsfonds, ein fiskalisches Stabilisierungsinstrument und die Vollendung der Bankenunion. Die Eurostaaten müssen ihre Haushalte konsolidieren und ihre Produktivität durch Reformen stärken.
- Die **offenen Binnengrenzen im Schengenraum** tragen erheblich zur nachhaltigen Sicherung der Wirtschaftskraft bei. Die Politik in Brüssel und in den Mitgliedstaaten muss dafür sorgen, dass dies auch in Zeiten neuer Herausforderungen so bleibt.

2. Freihandel ausbauen, Handelshemmnisse abbauen

Die EU muss die Welthandelsordnung stärken und **offene Märkte** für Handel und Investitionen anstreben. Wir brauchen weitere Liberalisierungen des Austauschs mit großen Märkten wie USA, ASEAN und Mercosur. Dazu gehört auch eine robuste Chinastrategie.

Die regelbasierte **multilaterale Handelsordnung** im Rahmen der WTO muss Priorität der Europäischen Union bleiben. Es gilt, die Arbeitsfähigkeit der WTO-Gerichtsbarkeit zu erhalten und neue multilaterale Regeln für zukunftsrelevante Bereiche wie E-Commerce, Investitionen, Daten, Ursprungsregeln und Mode 5 zu schaffen.

Das Beispiel des Brexit und die dadurch schon jetzt eingetretenen Schäden bei Betrieben auf beiden Seiten des Ärmelkanals illustrieren drastisch die verheerenden Folgen mangelnder **Planungssicherheit**. In der neuen Legislaturperiode

erwarten wir eine bessere Berücksichtigung der legitimen Forderungen unserer Unternehmen nach mehr Planbarkeit, bevor neue oder geänderte Gesetze in Kraft treten. Änderungen der europäischen Rechtslage mit tiefgreifenden Folgewirkungen insbesondere für KMU müssen zukünftig frühzeitiger und zielgruppengerechter kommuniziert werden, um Verunsicherungen wie z.B. durch die DSGVO zu vermeiden. Hier sind vor allem das Europäische Parlament, der Rat und die deutschen EU-Interessenvertretungen gefordert.

Trotz wiederholter Versprechen seitens der Politik wartet Europas Wirtschaft weiter auf durchgreifende Erfolge beim **Bürokratieabbau**. Die EU ist hier nicht schlechter als nationale oder regionale Gesetzgeber. Aber durch verstärkte Bemühungen um weniger Komplexität kann die EU einen wertvollen weiteren Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere der kleineren und mittleren Unternehmen, leisten. Ein aktuelles Beispiel sind die Probleme insbesondere der mittelständischen Unternehmen im Bereich der A1-Bescheinigungen.

Das gilt auch für das **EU-Zollrecht** und seine Anwendung durch Mitgliedstaaten. Wir brauchen dringend eine Neujustierung der europäischen Zollpolitik, die neben Kontrolle und Einnahmenerzielung auch vermehrt die erklärten Ziele der EU in den Bereichen Wettbewerbsfähigkeit und KMU-Politik im Auge behält.

3. Binnenmarkt vollenden, Industriepolitik priorisieren

Die **rasche Vollendung des Binnenmarkts** sowie eine **moderne Industriestrategie 2030** müssen Priorität erhalten. Der Dienstleistungs-, Energie- und digitale Binnenmarkt versprechen hohe Wachstums- und Effizienzgewinne.

Die Stärkung der Industrie und der **Wettbewerbsfähigkeit** europäischer Unternehmen muss zentrales Politikziel der EU-Institutionen sein. Der nächste EU-Haushaltsrahmen muss einen klaren Fokus auf Wachstum haben. Insbesondere die Förderung von **Forschung** und **Innovation** muss

ARGUMENTE**Europawahl 2019: Vision & Ambition für Europa**

noch erheblich ausgeweitet werden. Nicht zuletzt in diesem Zusammenhang fordern wir die Überprüfung und Anpassung der KMU-Definition der Europäischen Union an die wirtschaftliche Realität. Eine Erhöhung der Mitarbeiterzahlengrenzen und Umsatzgrenzen oder die Einführung einer neuen Größenkategorie oberhalb der bisherigen KMU-Grenzen sind überfällig.

Eine wettbewerbsfähige Industrie muss in der Legislaturperiode 2019-2024 an der **Spitze der politischen Agenda** in Brüssel stehen. Dazu brauchen wir eine **ehrgeizige EU-Industriestrategie**, um im Wettbewerb mit anderen Weltregionen wie China, Indien und den USA zu bestehen, welche die Industrie bereits heute ganz oben auf ihre politische Agenda gesetzt haben. Die hohe Priorität der Industriepolitik muss ihren Ausdruck auch in der Zusammensetzung der neuen Kommission finden. Wir unterstützen daher mit Nachdruck die Forderung nach einem eigenen **Vizepräsidenten für Industrie**.

Verbesserte Rahmenbedingungen müssen auch durch den **Ausbau der Digital- und Verkehrsinfrastruktur** geschaffen werden, um - gerade auch, aber nicht nur - im ländlichen Raum optimale Bedingungen für die Ansiedlung neuer Unternehmen zu schaffen. Eine erheblich verbesserte Glasfaser- und 5G-Abdeckung ist unverzichtbar.

Die Förderung von **Unternehmensgründungen und Start-Ups** verdient besondere Aufmerksamkeit. Bestrebungen in diesem Bereich müssen weiter ausgeweitet und intensiviert werden.

Der stationäre Fachhandel als wichtiger Partner der Textil- und Modeindustrie verdient endlich einen Regelungsrahmen, der ihm erlaubt, auf Augenhöhe mit dem Onlinehandel zu konkurrieren.

Gut gemeinte Bestrebungen auf europäischer Ebene im Bereich der **Sozial-, Verbraucher- und Produktpolitik** müssen der Realität von unternehmerischer Praxis und Machbarkeit Rechnung tragen. Erhebliche Anstrengungen werden auch in der neuen Legislaturperiode im Kampf gegen **Produktfälschungen** erforderlich sein.

Bessere Rechtsetzung und **Subsidiarität** bleiben auch in der neuen Legislaturperiode eine wichtige Aufgabe der europäischen Politik. Die Europäische Union muss verstärkte Anstrengungen unternehmen, um weniger und besser regulieren. Hierzu muss auch die Folgenabschätzung auf EU-Ebene weiter verbessert werden.

4. Bildung, Innovation & Forschung stärken

Der **Fachkräftemangel** stellt die Unternehmen weiterhin vor erhebliche Herausforderungen. Verstärkte Anstrengungen sind nötig, um die Ausbildungsreife zu verbessern und um die **berufliche Aus- und Weiterbildung** gemeinsam mit der Wirtschaft attraktiv zu gestalten. Grenzüberschreitende Ausbildungen sollten weiter erleichtert und Erasmus Plus weiter gefördert werden.

Die **Förderung von Forschung und Innovation** ist eine Schlüsselaufgabe. Hier muss – auch im budgetären Bereich – deutlich mehr getan werden.

Künstliche Intelligenz (KI) ist eine entscheidende Schlüsseltechnologie für die nächste Stufe der Digitalisierung. Die zunehmende digitale Vernetzung von Wirtschaft und Gesellschaft schafft Datenmengen, die von Menschen allein nicht mehr ausgewertet werden können. Die EU sollte ein Ökosystem aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft schaffen, das die Entwicklung und Anwendung von KI fördert. Nur wenn die EU-Länder ihre Kräfte zur Entwicklung und Verbreitung von KI-Systemen bündeln, bleiben sie international wettbewerbsfähig.

5. Wirtschaft, Energie & Nachhaltigkeit in Einklang bringen

Die EU-Politik muss in der neuen Legislaturperiode erhebliche weitere Anstrengungen unternehmen, um den Europäischen Energiemarkt zu vollenden und den Klimaschutz auf internationaler Ebene vorantreiben. Im Verhältnis von Umweltschutz und Wettbewerbsfähigkeit gilt es, die berechtigten Belange konstruktiv miteinander in Einklang zu bringen, um die Nachhaltigkeit sowohl ökologisch als auch ökonomisch zu stärken. Hierzu muss die europäische Politik nachhaltiges Wirtschaften unterstützen und gleichzeitig Chancen für mehr Wettbewerbsfähigkeit durch unternehmerische Gestaltungsspielräume bewahren. Staatliche Regulierungen von Energiepreisen sind EU-weit zu harmonisieren und perspektivisch abzubauen.

Besonderer Überarbeitungsbedarf besteht im Bereich der **Chemikalienpolitik**. REACH sollte gleichzeitig Mensch und Umwelt schützen und die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der EU im globalen Kontext stärken. Nach dem jüngsten REFIT-Bereich war REACH auch 2018 immer noch weit von der Erreichung seiner erklärten Ziele entfernt. Es muss in der neuen Legislaturperiode dringend bürokratisch entschlackt, wissenschaftsbasierter geführt und in Einklang mit der industriepolitischen Agenda der EU gebracht werden.

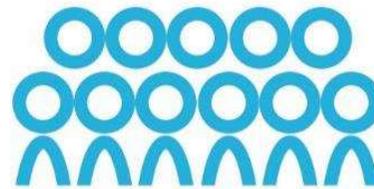
Stand: Mai 2019

Die Branche in Zahlen



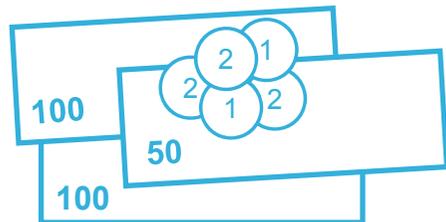
1 400

Unternehmen,
vorwiegend KMU



135 000

Mitarbeitende in Deutschland



32 Mrd. €

Umsatz,
60 % Textil, 40 % Bekleidung



16

Textilforschungsinstitute